

17. Wahlperiode

## Antrag

der Piratenfraktion

### **Für einen besseren Arbeitsmarktzugang und Arbeitsmarktförderung für Geflüchtete in Berlin**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert:

1. Zusammen mit der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg der Bundesagentur für Arbeit ein Programm zur Ausweitung der Beschäftigungsangebote zum Einstieg in einen beruflichen Integrationsprozess zu erstellen. Ziel sollte sein, die Geflüchteten für gemeinnützige bzw. dem öffentlichen Interesse dienende Tätigkeiten zu gewinnen. Für diesen Zweck sollte z. B. das im November 2015 gestartete Sonderprogramm der Bundesregierung Bundesfreiwilligendienst (Bufdi) mit Flüchtlingsbezug genutzt bzw. ausgeweitet und die Angebote gemäß § 5 des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) und gemäß § 16d des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) (Arbeitsgelegenheiten) sollten ausgeweitet werden. Der Eintritt in solche Maßnahmen sollte freiwillig (nicht „ehrenamtlich“) erfolgen und stets mit einer Entschädigung (Taschengeld im Falle des Bundesfreiwilligendienstes bzw. Mehraufwandsentschädigung bei Arbeitsgelegenheiten) verbunden sein bzw. bleiben. Die Beschäftigungsangebote sollten – wie im Sonderprogramm Bundesfreiwilligendienst mit Flüchtlingsbezug konzipiert – fachlich und (sozial-)pädagogisch begleitet sowie obligatorisch mit Sprachförderangeboten ergänzt werden. Deswegen sollten neben dem Ausbau solcher Beschäftigungsangebote auch geförderte sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze für die Integrationsarbeit mit Geflüchteten eingerichtet werden. Insgesamt sollte dabei auch im Blick behalten werden, solche Angebote für langzeitarbeitslose Menschen in vergleichbarem Umfang zu fördern.

2. Die Dauer der Verfahren zur Anerkennung von ausländischen Abschlüssen und Qualifikationen gemäß des Gesetzes über die Feststellung der Gleichwertigkeit ausländischer Berufsqualifikationen im Land Berlin (Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz Berlin – BQFG Bln) auf drei Monate zu beschränken. Für diesen Zweck ist eine qualifizierte Beratung zu Voraussetzungen, zu notwendigen einzureichenden Unterlagen etc. im Vorfeld der Antragstellung zu gewährleisten. Entsprechende Strukturen sollten genutzt bzw. optimiert werden.

3. Bei der Entscheidung über die Gleichwertigkeit von ausländischen Abschlüssen und Qualifikationen durch die für die Anerkennung zuständige Stelle wegen der Besonderheiten der Angelegenheit gemäß § 13 Abs. 3 Satz 3 BQFG Bln die Beschränkung der Fristverlängerung auf eine einmalige Verlängerung um einen Monat auf alle Antragsteller\*innen auszuweiten. Für diesen Zweck ist das BQFG Bln entsprechend zu ändern.

4. Für junge Geflüchtete, die keinen Schulabschluss haben und gemäß § 42 des Schulgesetzes für das Land Berlin (SchulG) nicht mehr regelschulpflichtig sind, Schulklassen in ausreichender Zahl einzurichten, damit sie ihren Bildungsweg fortsetzen und einen Schulabschluss erwerben können.

5. Eine Bundesratsinitiative zu initiieren oder zu unterstützen mit folgenden Zielen:

- Abschaffung des vollständigen Arbeitsverbotes während der ersten drei Monate des Aufenthalts nach § 61 des Asylgesetzes (AsylG).
- Abschaffung des Zustimmungserfordernisses durch die Ausländerbehörde und die Arbeitsagentur zur Aufnahme einer Beschäftigung während der ersten vier Jahre des Aufenthalts nach § 61 des AsylG.
- Abschaffung der Wohnsitzauflage nach § 60 AsylG.
- Abschaffung aller Wartezeiten oder Einschränkungen für die Möglichkeit des Bezugs von oder Teilnahme an folgenden Leistungen bzw. Maßnahmen:
  - Berufsausbildungsbeihilfe (BAB) nach § 56 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch (SGB III) (bei Gestatteten während der ersten fünf Jahre des Aufenthalts und bei Geduldeten und bei Ausländern mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 3 und 5 sowie § 25 Abs. 4 Satz 2 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) während der ersten 15 Monate des Aufenthalts);
  - Assistierte Ausbildung (AsA) nach § 130 SGB III (bei Gestatteten während der ersten fünf Jahre des Aufenthalts und bei Geduldeten und bei Ausländern mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 3 und 5 sowie § 25 Abs. 4 Satz 2 des AufenthG während der ersten 15 Monate des Aufenthalts);
  - Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme (BvB/BvB-Pro) nach § 51 SGB III (bei Gestatteten und Geduldeten während der ersten fünf Jahre des Aufenthalts und bei Ausländern mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 3 und 5 sowie § 25 Abs. 4 Satz 2 des AufenthG während der ersten 15 Monate des Aufenthalts);
  - Außerbetriebliche Berufsausbildung (BaE) nach § 76 SGB III (bei Gestatteten

- und Geduldeten während der ersten fünf Jahre des Aufenthalts und bei Ausländern mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 3 und 5 sowie § 25 Abs. 4 Satz 2 des AufenthG während der ersten 15 Monate des Aufenthalts);
  - Ausbildungsbegleitende Hilfen (abH) nach § 75 SGB III (bei Gestatteten während der ersten fünf Jahre des Aufenthalts und bei Geduldeten und bei Ausländern mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 3 und 5 sowie § 25 Abs. 4 Satz 2 des AufenthG während der ersten 15 Monate des Aufenthalts);
  - Einstiegsqualifizierung (EQ) nach § 54a SGB III (bei Gestatteten und Geduldeten während der ersten drei Monate des Aufenthalts wegen des bestehenden Arbeitsverbotes);
  - Ausbildungsförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) (bei Gestatteten überhaupt keine Förderung möglich, bei Geduldeten und bei Ausländern mit einer Aufenthaltserlaubnis gemäß § 8 Abs. 2 Satz 2 des BAföG Wartezeit während der ersten 15 Monate des Aufenthalts).
- Abschaffung aller Hindernisse für die Ausübung einer selbstständigen Tätigkeit durch Gestattete, Geduldete und Ausländer mit einer Aufenthaltserlaubnis. Gestatteten und Geduldeten soll die Ausübung einer selbstständigen Tätigkeit erlaubt werden. Ausländern mit Aufenthaltserlaubnis soll die Ausübung einer selbstständigen Tätigkeit ermöglicht werden, ohne eine Erlaubnis gemäß § 21 Abs. 6 AufenthG speziell beantragen und das eigene wirtschaftliche Vorhaben einer Ermessensentscheidung unterziehen zu müssen. Die Geflüchteten sollen bei der Existenzgründung unterstützt werden.
  - Einführung eines Bleiberechts für Auszubildende und Erwerbstätige.

Für diesen Zweck sind das AsylG, das BAföG und das AufenthG entsprechend zu ändern.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 30. April 2016 zu berichten.

### ***Begründung***

Teilhabe durch Bildung und Arbeit ist die beste Integrationsmaßnahme, die noch zusätzlich und nebenbei wirtschaftliche Vorteile mit sich bringt. Umso mehr verwundert es, dass es in Berlin und Deutschland für Geflüchtete noch so viele Hürden für die Aufnahme einer Ausbildung und Arbeit gibt. Darüber hinaus bestehen nach wie vor noch zu wenige effektive und gezielte Angebote für eine Arbeitsmarktförderung für Geflüchtete. Zwar gibt es auf dem Arbeitsmarkt, wie auf jedem anderen Markt, Wettbewerb. Aber bestimmte Gruppen von Menschen, die aufgrund ihrer besonderen Lebenssituation auf Hilfe angewiesen sind, benötigen eine gezielte Arbeitsmarktförderung, um einen gerechten und gleichberechtigten Arbeitsmarktzugang zu erhalten. Zu dieser Gruppe gehören die Geflüchteten. Durch die vorgeschlagenen Maßnahmen sollen Benachteiligungen auf dem Arbeitsmarkt und der bürokratische Aufwand abgebaut, Klarheit und Gewissheit über rechtliche Regelungen zur Beschäfti-

gung von Geflüchteten hergestellt und ihre gesellschaftliche Integration vorangetrieben werden.

Natürlich brauchen die Geflüchteten Zeit, um die deutsche Sprache zu erwerben, ihre Abschlüsse und Qualifikationen anerkennen zu lassen oder Integrationskurse zu besuchen. Aber diese Zeit kann auch dadurch genutzt werden, dass sie gemeinnützige bzw. dem öffentlichen Interesse dienende Tätigkeiten mit Entschädigung aufnehmen, bei denen sie fachlich und (sozial-)pädagogisch begleitet sowie sprachlich gefördert werden. So können die Sprache und das neue Land auch in der Praxis besser kennengelernt sowie weitere berufliche Fähigkeiten erworben bzw. die bestehenden Fähigkeiten weiterentwickelt werden. Damit wird der Arbeitsmarktzugang gefördert und erleichtert. Hier sind der Senat und die Regionaldirektion Berlin-Brandenburg der Bundesagentur für Arbeit gefordert, entsprechende Beschäftigungsangebote zu schaffen bzw. auszubauen. Das im November 2015 gestartete Programm der Bundesregierung zur Förderung der neuen Bufdi-Plätze für Geflüchtete sowie die Angebote gemäß § 5 des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) und gemäß § 16d des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) (Arbeitsgelegenheiten) sind eine gute Grundlage, auf der man in Berlin aufbauen könnte.

Obwohl verständlich ist, dass die Anerkennung von ausländischen Abschlüssen und Qualifikationen Zeit benötigt, dauern die Verfahren in Berlin unangemessen lange – länger, als die im Gesetz über die Feststellung der Gleichwertigkeit ausländischer Berufsqualifikationen im Land Berlin (Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz Berlin – BQFG Bln) dafür im Regelfall vorgesehenen drei Monate. Das BQFG Bln schuf zwar eine wichtige rechtliche Grundlage für die Durchführung dieser Verfahren, es hat aber nicht dazu beigetragen, dass die Verfahren zügig und unkompliziert verlaufen. Um den Arbeitsmarktzugang für Geflüchtete zu erleichtern, sollte gesichert werden, dass die Anerkennungsverfahren höchstens drei Monate dauern, so wie es das BQFG Bln vorschreibt. Für diese Frist, die mit Eingang der vollständigen Unterlagen beginnt, kann zwar unter bestimmten Umständen eine angemessene Hemmung gelten, etwa wenn die zuständige Stelle gemäß § 8 BQFG Bln noch weitere Informationen zu Inhalt und Dauer der im Ausland absolvierten Berufsausbildung und zu sonstigen Berufsqualifikationen benötigt (§ 12 Absatz 4) und begründete Zweifel an der Echtheit oder der inhaltlichen Richtigkeit der vorgelegten Unterlagen bestehen (§12 Abs. 5). Der Fristhemmung könnte und sollte jedoch aktiv vorgebeugt werden, indem eine qualifizierte Beratung zu den Voraussetzungen, zu den notwendig einzureichenden Unterlagen etc. im Vorfeld der Antragstellung gewährleistet wird. Entsprechende Beratungsstrukturen sollten für diesen Zweck genutzt bzw. optimiert werden.

Es ist außerdem nicht hinnehmbar, dass nur für Antragsteller\*innen, die ihren Ausbildungsnachweis in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder der Schweiz erworben haben oder deren Ausbildungsnachweise in einem dieser genannten Staaten anerkannt wurden (§ 13 Absatz 3 Satz 4), die einmalige Fristverlängerung wegen der Besonderheiten der Angelegenheit gemäß (§ 13 Absatz 3 Satz 3) höchstens einen Monat betragen kann. Die höchstens einmonatige Fristverlängerung sollte für alle gelten, die ihre beruflichen Qualifikationen anerkennen lassen müssen und wollen, damit niemand durch die Verzögerung des Arbeitsmarktzugangs benachteiligt wird.

Eine weitere Hürde für den Arbeitsmarktzugang, insbesondere für junge Geflüchtete, ist der fehlende Schulabschluss. Ohne einen Schulabschluss ist es kaum möglich, den Bildungsweg

fortzusetzen oder eine Ausbildung aufzunehmen. Das stellt ein besonderes Problem für diejenigen jungen Geflüchteten ohne Schulabschluss dar, die nach zehn Schulbesuchsjahren nicht mehr regelschulpflichtig sind. Für diese Menschen soll das Land Berlin Schulklassen in ausreichender Zahl einrichten.

Ansonsten gibt es eine ganze Reihe von Hürden, die auf der Bundesebene bestehen und auf deren Abschaffung das Land Berlin hinwirken sollte, so wie auf die Einführung gezielter Fördermaßnahmen. Es ist nicht nachvollziehbar, warum auf der einen Seite eine bessere und schnellere Integration der Geflüchteten in Deutschland verlangt, andererseits aber an den arbeitsmarktpolitischen Barrieren für diese Integration festgehalten wird. Diese wurden zwar im letzten Jahr deutlich gelockert, bleiben aber weiterhin hoch und unbegründet. Das vollständige Arbeitsverbot muss daher abgeschafft werden. Natürlich werden bei vielen Menschen die mangelnden Deutschsprachkenntnisse und die Dauer der Verfahren zur Anerkennung ihrer ausländischen Berufsqualifikationen einer Arbeitsaufnahme im Wege stehen. Aber es gibt viele Berufe, für die deutsche Sprachkenntnisse und langwierige Anerkennungsverfahren nicht notwendig sind. Arabische oder englische Sprachkenntnisse und eine gute Motivation, sich im Fachgespräch oder während einer Arbeitsprobe zu bewahren, können auch von Vorteil sein und Berücksichtigung durch die Arbeitgeber finden.

Auch das Zustimmungserfordernis durch die Ausländerbehörde und die Arbeitsagentur zur Aufnahme einer Beschäftigung, für das während der ersten 15 Monate des Aufenthalts geprüft wird, welche Auswirkungen die Beschäftigung auf den Arbeitsmarkt hätte und ob Bevorrechtigte zur Verfügung stehen, ist deutlich benachteiligend für die Geflüchteten. Ein zusätzliches Hindernis ist die sogenannte Wohnsitznahmeverpflichtung, die ebenfalls der Vergangenheit angehören sollte. Die Wohnsitzauflage beim Bezug von Asylbewerberleistungen schränkt nicht nur die Möglichkeit zur Aufnahme von Beschulung, Ausbildung oder Arbeit ein, sondern auch die persönliche Mobilität. Die Betroffenen müssen jeweils bei der zuständigen Ausländerbehörde einen Antrag auf den Wohnsitzwechsel stellen. Der Umzug zum Zweck der Bildung und Arbeit wird jedoch oft nicht als hinreichender Grund für die Antragsgenehmigung gewertet. Das Ziel sollte jedoch ein uneingeschränkter Arbeitsmarktzugang vom ersten Tag an für alle sein, die arbeitswillig sind. Die Menschen sollten nicht mit mehr Bürokratieaufbau daran gehindert werden, selbstständig für ihr Einkommen zu sorgen.

Darüber hinaus ist nicht nachvollziehbar, warum der Zugang zu so vielen Leistungen und Maßnahmen, die den Menschen in Deutschland bei der Absolvierung einer Ausbildung oder eines Studiums helfen sollen, wie Berufsausbildungsbeihilfe (BAB), Assistierte Ausbildung (AsA), Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme (BvB/BvB-Pro), Außerbetriebliche Berufsausbildung (BaE), Ausbildungsbegleitende Hilfen (abH), Einstiegsqualifizierung (EQ) und Ausbildungsförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) mit zahlreichen Wartezeiten abgesichert ist. Zwar wurden die Wartezeiten ab 1. Januar 2016 bei vielen der Leistungen und Maßnahmen deutlich reduziert. Im nächsten Schritt müssen sie jedoch vollständig abgeschafft werden, damit diejenigen Geflüchteten, die sich in Deutschland aufhalten und arbeiten wollen, einen gerechten Zugang zum Arbeitsmarkt haben.

Nicht nachvollziehbar ist auch, dass Flüchtlinge bei ihrer wirtschaftlichen Entfaltung behindert werden. So dürfen Gestattete und Geduldete nicht selbstständig tätig werden. Personen mit einer Aufenthaltserlaubnis dürfen nur auf einen entsprechenden Antrag bei der Ausländerbehörde hin selbstständig tätig werden, wenn die nach sonstigen Vorschriften erforderlichen Erlaubnisse hierfür vorliegen oder zugesagt wurden (§ 21 Abs. 6

Aufenthaltsgesetz (AufenthG)). Die Ausländerbehörde berücksichtigt im Rahmen der Ermessensentscheidung zusätzlich noch folgende Punkte: Das Bestehen eines übergeordneten wirtschaftlichen Interesses oder eines besonderen regionalen Bedürfnisses, Erwartung einer positiven Auswirkung der Tätigkeit auf die Wirtschaft und gesicherte Finanzierung der Umsetzung durch Eigenkapital oder durch eine Kreditzusage. Einer solchen Ermessensentscheidung werden Unternehmensprojekte von Deutschen oder EU-Bürgern nicht unterzogen, es sei denn, es handelt sich um einen Zuschuss oder Kreditantrag. Statt mehr Arbeitsaufwand für die Behörden und bürokratische Hürden für die Menschen zu schaffen, sollte ihnen geholfen werden, eigene Projekte zu entwickeln. In vielen Fällen wäre eine selbstständige Tätigkeit viel geeigneter als Versuche, Menschen für den deutschen Arbeitsmarkt auszubilden, von anderen Vorteilen wie einem schnelleren Spracherwerb und gesellschaftlicher Integration dank der erhöhten Motivation ganz zu schweigen.

Ein weiteres Problem ist, dass gestattete und geduldete Menschen wegen ihres ungesicherten Aufenthaltsstatus kaum Ausbildung oder Arbeit finden können, weil die Ausbildungsbetriebe und Arbeitgeber fürchten, dass das Beschäftigungsverhältnis, die Ausbildung oder die Anschlussbeschäftigung im Ausbildungsbetrieb vorzeitig abgebrochen wird. Um dies zu ändern, muss für die Auszubildenden und Erwerbstätigen unabhängig von Alter und Herkunftsland ein Bleiberecht eingeführt werden. Zur Zeit kann nach dem reformierten § 60a AufenthG eine Duldung erteilt werden, wenn u. a. dringende persönliche Gründe der Abschiebung im Wege stehen. Diese liegen jedoch insbesondere nur dann vor, wenn der Ausreisepflichtige eine qualifizierte Berufsausbildung in Deutschland vor Vollendung des 21. Lebensjahres aufnimmt oder aufgenommen hat und nicht aus einem sicheren Herkunftsstaat nach § 29a des Asylgesetzes (AsylG) stammt.

Mit den vorgeschlagenen Maßnahmen soll das Land Berlin einen Beitrag zu mehr Gerechtigkeit und zu besseren Entwicklungsmöglichkeiten auf dem Berliner und dem deutschen Arbeitsmarkt leisten. Der soziale Zusammenhalt wird damit gestärkt und die Wirtschaft wird davon profitieren.

Berlin, den 23. Februar 2016

Reinhardt, Spies  
und die übrigen Mitglieder  
der Piratenfraktion